27. September 2023

Zwischen Sorge und Gelassenheit

Klagenfurts, Ebenthals, Moosburgs und Magdalensbergs Bürgermeister über die Tücken des Amtsgeheimnisses.

KLAGENFURT, EBENTHAL, MOOSBURG, MAGDALENSBERG. Bei der Klagenfurter Gemeinderatssitzung am 19. September stichelte Gemeinderat Andreas Skorianz (FPÖ) Bürgermeister Christian Scheider (TK) mit Zusatzfragen zu den Kosten, die der Datenabfluss verursacht hat. "63.000 Euro haben die forensische Untersuchung und der Anwalt gekostet", antwortete Scheider. "Das hätte die Staatsanwaltschaft gratis gemacht", zeigte sich der FP-Gemeinderat verblüfft. Der Bürgermeister betonte, dass durch den Datenabfluss persönliche Daten von Mitarbeitern an die Öffentlichkeit gelangt seien.

Journalist kontert

Investigativjournalist Franz Miklautz verfolgte den Gemeinderatslivestream und konterte via Facebook: "Nein, Herr Bürgermeister Scheider. Die Gehälter aller Bediensteten des Magistrats Klagenfurt würden – zumindest von mir – niemals der Öffentlichkeit preisgegeben (sofern ich sie hätte). Sie interessieren auch niemanden, denn sie sind anzunehmenderweise weder exorbitant hoch (wie z.B. jenes des Magistratsdirektors) noch stehen solche Personen in der Öffentlichkeit."

Gleichheitsgrundsatz

An diesem Beispiel lässt sich erahnen, was auf Gemeinden zukommt, sollte der Bund die Amtsverschwiegenheit abschaffen. Das seit Jahren ausverhandelte Gesetz ist auf Schiene. Welche Regeln es im Detail vorsieht, kann noch nicht gesagt werden. Denn laut einem Bericht auf Standard.at steht nicht fest, dass die Abschaffung nur Gemeinden über 10.000 Einwohner betreffen würden. "Das würde dem Gleichheitsgrundsatz widersprechen", sagt der Ebenthaler Bürgermeister Christian Orasch (SPÖ). Die Abschaffung bedürfe der Einstellung einer juristischen Person, immerhin gehe es um sensible Daten und die Grundsatzfrage: Ist die Auskunft von öffentlichem Interessen? "Ich habe keine Probleme mit der Abschaffung des Amtsgeheimnisses, vorausgesetzt es werden alle Gemeinden gleich behandelt. Was es braucht: eine klare Regelung", so Scheider. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf für mehr Informationsfreiheit will der Bund diesen Herbst präsentieren.

Sorge vor Anfragen-Flut

Gemeinden befürchten eine Flut von Anfragen. Wie mit den Anfragen umgegangen wird, wissen die Gemeindechefs nicht. "Es wird für jede Gemeinde ein großer Mehraufwand, der mit entsprechenden Ressourcen verbunden ist, ob die Gemeinden die Ressourcen haben, ist eine andere Frage", sagt Moosburgs Bürgermeister Herbert Gaggl (ÖVP). Er betont, dass man "nichts zu verbergen" habe und, dass "von der Jahresabrechnung bis zur Gemeinderatssitzung alles öffentlich" sei. Wie das Gesetz aussehen soll: darüber werden die Bürgermeister in Unkenntnis gelassen. "Wir haben lediglich vom Gemeindebund erfahren, dass das Gesetz in der kolportierten Form nicht machbar ist", so Gaggl weiter.

"Sind transparent"

"Wir sind jetzt schon aufgrund der Kärntner Gemeindeordnung transparent, unsere Protokolle der Gemeinderatssitzungen sind online, unsere Haushaltsdaten werden veröffentlicht. Private und persönliche Daten dürfen jetzt und in Zukunft auch nicht weitergegeben werden", sagt der Magdalensberger Bürgermeister Andreas Scherwitzl (SPÖ). Einen Seitenhieb kann sich der Politprofi nicht verkneifen: "Es war immer eine Ausflucht der ÖVP, um zu verhindern, dass der Bund transparent wird".

"Das Informationsfreiheitsgesetz ist sicher mit der Schaffung von Ressourcen verbunden."

herbert gaggl

von stephan fugger

Copyright © Regionalmedien Austria AG